16. November 2010

Ein Integrationsgesetz für Berlin - Bericht von der Diskussionsveranstaltung im Bürgerbüro

Halina mit Tatjana Forner und Carola Bluhm

Das Land Berlin plant Anfang Dezember als erstes Bundesland ein sogenanntes Partizipations- und Integrationsgesetz zu beschließen. Mit diesem Gesetz sollen die Rechte und Möglichkeiten von Migrantinnen und Migranten verbessert werden. Was in dem Gesetz konkret steht, wieso es überhaupt nötig ist und ob man mit dem Ergebnis zufrieden sein kann, darüber diskutierte die Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak in ihrem Bürgerbüro.

Tatjana Forner kommt aus Moskau und lebt seit vielen Jahren in Deutschland. Sie ist stolz auf ihre Herkunft, was sie während der Diskussionsveranstaltung betont. Gleichzeitig sagt sie aber auch, dass die Bezeichnung „Migrationshintergrund“ im Allgemeinen eher als negativ empfunden wird. Sie engagiert sich im Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen. Dieser Beirat ist eine Art „Runder Tisch“, der dem Berliner Senat Vorschläge unterbreitet, die dieser dann annehmen kann oder auch nicht. Es war auch der Landesbeirat, der als erstes die Idee eines Partizipations- und Migrationsgesetzes hatte. Dabei sollte es vor allem um ein Gesetz gehen, dass die Teilhabe – also die Partizipation – von Migrantinnen und Migranten verbessern sollte, erklärte Tatjana Forner. Dafür bedurfte es nach Meinung des Landesbeirates eines Gesetzes, das diese Möglichkeiten festlegt, ohne dass irgendjemand sich dem entziehen könnte. Insgesamt zeigte sich Tatjana Forner zufrieden mit dem Gesetz. Sie sieht darin einen guten Start für weitere Maßnahmen zur Stärkung der Rechte von Migrantinnen und Migranten. Dennoch äußerte sie auch Kritik. Die Sprache des Gesetzes sei hin und wieder zu kompliziert. Auch fehle ihr besonders der Bereich Bildung, der im Gesetz gar nicht vorkommt und ein Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten wenigstens für die Wahlen im Bezirk, fehlt nicht nur ihr, sondern auch Teilen des Publikums.

Der Berliner Senat nahm die Anregung des Landesbeirates auf und begann, ein solches Gesetz zu erarbeiten. Das ist keine Selbstverständlichkeit, erklärte Carola Bluhm. Sie ist die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales und damit verantwortlich für das Partizipations- und Integrationsgesetz. Die Grundidee des Gesetzes fasst Carola Bluhm so zusammen: Integration kann nur dann funktionieren, wenn alle Teile der Gesellschaft bereit sind, sich dafür zu öffnen. Es könne also nicht sein, dass lediglich von Migrantinnen und Migranten verlangt würde, sich gefälligst an die deutschen Gepflogenheiten anzupassen, gleichzeitig müsse die deutsche Gesellschaft Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit geben, ihre Meinung einzubringen. Der Begriff „Teilhabe“ spielt deshalb eine große Rolle. Ziel ist es zum Beispiel, dass der Anteil von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Derzeit arbeiten nach Ansicht von Carola Bluhm viel zu wenige in der Berliner Verwaltung. Auch an anderer Stelle soll die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten verbessert werden. So steht im Gesetz, dass das Land Berlin und jeder Bezirk eine/n Beauftragte/n für Migration und Integration einsetzt, die/der sicherstellen soll, dass die Interessen der Migrantinnen und Migranten nicht zu kurz kommen. Sie wolle es nämlich nicht einem CDU-Bürgermeister überlassen, zu entscheiden, ob er eine/n solche/n Beauftragte/n für nötig hält, sondern jeden Bezirk dazu verpflichten. Auf die von Tatjana Forner angeführte Kritik reagierte Carola Bluhm mit dem Hinweis, dass kein Gesetz perfekt sei und sie gerne bereit sei, Verbesserungsvorschläge aufzunehmen. Doch sind die Möglichkeiten des Landes Berlin in diesem Bereich begrenzt. Vieles wird von Gesetzen, die der Bundestag beschließt, bestimmt. Daran muss sich das Land Berlin halten. Der Bereich Bildung konnte aus diesem Grund nicht aufgenommen

werden. Dass es mit diesem Gesetz kein Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten für Wahlen und Abstimmung im Bezirk gibt, bedauert Carola Bluhm sehr. DIE LINKE habe sich sehr dafür eingesetzt, die SPD habe in diesem Punkt jedoch nicht nachgegeben.
Vieles von dem, was im Partizipations- und Integrationsgesetz steht, ist schon längst im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg umgesetzt, verkündet Knut Mildner-Spindler und ist darauf ein bisschen stolz. Als Bezirksstadtrat für Gesundheit, Soziales und Beschäftigung hat er die Aufgabe, das Gesetz umzusetzen. Doch auch wenn Friedrichshain-Kreuzberg hier bereits sehr weit ist, empfindet er das Gesetz als enorm wichtig. Die Botschaft sei nämlich: Wir müssen eine gemeinsame Gesellschaft sein und die Migrantinnen und Migranten gehören dazu! Es könne deshalb nicht angehen, dass zum Beispiel bei Bewerbungen für Ausbildungsplätze, türkische Jugendliche kaum eine Chance haben. Sie werden gar nicht erst zu Gesprächen eingeladen und bereits vorher aussortiert – allein wegen ihres Namens. Dagegen muss etwas unternommen werden und schon allein dafür ist ein solches Gesetz nötig. Auch der Bereich Bildung ist für Knut Mildner-Spindler sehr wichtig. Multi-Kulti-Klassenzimmer sind in Friedrichshain-Kreuzberg längst Alltag, deshalb müssen jetzt auch Multi-Kulti-Lehrerzimmer folgen. Ziel müsse es sein, dass es irgendwann möglich ist, nicht mehr von Migrantinnen und Migranten zu sprechen und eine Leben für alle in Deutschland lebenden Menschen zu ermöglichen, ohne sie nach ihrem Herkunftsland zu unterscheiden.
Kann man denn nun mit dem Partizipations- und Integrationsgesetz zufrieden sein? Die Meinung der Diskussionsteilnehmer ist hier sehr eindeutig. Ja, man kann zufrieden sein, man darf dort aber auch nicht stehenbleiben. Der Gesetz kann allerhöchstens ein Anfang sein, ein Fundament für ein Haus, das wir gemeinsam weiterbauen müssen. So drückt es Tatjana Forner am Schluss der Diskussion aus und fasst somit das Ergebnis des Abends perfekt zusammen.
von Dirk Schröter (Wahlkreismitarbeiter)
Ihre persönlichen Eindrücke von der Veranstaltung hat Halina auch in ihrem Weblog veröffentlicht.

---

zurück zu: Aktiv im Wahlkreis
Quelle:
http://www.wawzyniak.de/im_wahlkreis/aktiv_im_wahlkreis/detail/browse/7/artikel/e